
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 10 (1982)

DOI: 10.11588/fr.1982.0.51234

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

und Heimwehrmännern (Frauenfeld, Pfrimer, Tavs u. a.) sowie auf zwei unveröffentlichte zeitgenössische Schriften Alfred Persches stützt. Von einer »Hossbach-Conference« (S. 193 ff.) hätte Pauley nicht sprechen sollen, wo es sich doch nur um eine »Aufzeichnung« des Generals über Hitlers raumpolitische Ziele handelt. Mit der suggestiven graphischen Gestaltung des Buches hat der Verlag seinem Autor keinen Gefallen getan.

Jürgen KÄMMERER, Karlsruhe

David E. KAISER, *Economic Diplomacy and the Origins of the Second World War*, Princeton, New Jersey (Princeton University Press) 1980, 346 S.

Ein wesentliches Element der europäischen Nachkriegsordnung von 1919 bestand in der staatlichen Neuordnung von Ost- und Südeuropa. Frankreich hatte ein vitales Interesse an der Erhaltung dieser Ordnung, das Deutsche Reich dagegen betrieb kontinuierlich deren Veränderung, wohingegen sich in Großbritannien ein zunehmendes Desinteresse bemerkbar machte. In der Zeit nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten in Deutschland spitzte sich die politische Auseinandersetzung um den osteuropäischen Status quo immer mehr zu, bis dieser dann 1938 endgültig zusammenbrach. Im Gegensatz zu den militärischen und politischen Aspekten dieses »Kampfes um Osteuropa«, die bereits ausführlich untersucht worden sind, hat die ökonomische Seite der Auseinandersetzung weit weniger Aufmerksamkeit gefunden. Diese Lücke im Forschungsinteresse will der Autor mit seinem hier anzuzeigenden Buch nunmehr schließen. Die neuen Staaten Ost- und Südeuropas – in ihrer Mehrzahl weitestgehend Agrarstaaten –, benötigten erhebliche finanzielle Mittel, um ihre Wirtschaft zu entwickeln und sich Märkte für ihre Überschussprodukte zu erschließen. Diese Lage bot den Großmächten vielfältige ökonomische und politische Einflußmöglichkeiten. Mit der Weltwirtschaftskrise und dem weltweiten Zusammenbruch der Agrarpreise Anfang der dreißiger Jahre verschärfte sich die Situation noch weiter.

An diesem Wendepunkt setzt der Verfasser mit seiner Analyse an, nachdem er zuvor in einer Überblicksskizze den Stellenwert Osteuropas für die Politik der Großmächte seit 1871 umrissen hatte. Ausführlich wird die Südosteuropa-Politik des Auswärtigen Amtes in der Phase der Präsidialkabinette und danach die deutsche und die britische Außenhandelspolitik und das politisch-diplomatische Spiel der Großmächte um Osteuropa bis 1935 untersucht. Ein zweiter Großabschnitt des Buches behandelt die deutsche Außenhandelspolitik gegenüber den südosteuropäischen Ländern zwischen 1935 und 1938 sowie die britisch-französischen Reaktionen auf die handelspolitische und politische Offensive des Reiches in diesem Raum. In einem dritten Teil stellt der Autor den Zusammenbruch des osteuropäischen Systems 1938 und die Politik der Großmächte bis Kriegsausbruch dar. Der Verfasser kommt in seiner Studie, die sowohl auf der Verarbeitung der vorliegenden Literatur zur Außen- und Außenhandelspolitik der beteiligten Großmächte als auch auf ausgiebigen Archivforschungen beruht, zu dem Schluß, daß die Osteuropa-Politik Großbritanniens und Frankreichs sich durch andere ökonomische und strategische Prioritätensetzungen von derjenigen des Deutschen Reiches grundlegend unterschied. Ein Hauptunterschied war es – nach Ansicht des Verfassers – daß die deutsche Reichsleitung im Gegensatz zu Briten und Franzosen politische Zielsetzung und Außenwirtschaftspolitik in Einklang zu bringen verstanden. Hier schlage das traditionelle Prinzip des Primates der Außenpolitik durch, das über die Regimeänderung in Deutschland hinweg ein Element der Kontinuität deutscher Politik in der Zwischenkriegszeit gewesen sei.

Der deutsche Handel mit Ost- und Südosteuropa war tatsächlich niemals ökonomischer Selbstzweck; denn diese Länder konnten die deutschen Handelsbedürfnisse prinzipiell nicht erfüllen. Die Politik des Reiches versuchte vielmehr, die Wirtschaftskrise der südosteuropäi-

schen Staaten zum Aufbau und Ausbau des deutschen Einflusses mit dem Fernziel auszunutzen, die deutschen Ostgrenzen zu revidieren. Die Kabinette der Weimarer Republik waren allerdings innen- wie außenpolitisch noch zu schwach, um – vor allem gegen den Widerstand Frankreichs – eine solche Revision mit durchschlagendem Ergebnis in die Wege zu leiten. Mit Hitlers Machtübernahme begann dann nicht nur eine Intensivierung des deutschen Handels sondern die Handelspolitik des Reiches wurde auch in den Rahmen einer neuen radikalen außenpolitischen Strategie eingefügt. Nach einer kurzen Phase, in der für Hitler innerpolitische Probleme und (so kann man hinzufügen) die außenpolitische Abschirmung der einseitigen, autonomen Aufrüstung stärker im Vordergrund standen, wurde spätestens ab 1935 die neue handelspolitische Akzentuierung erkennbar. Das deutsche Aufrüstungsprogramm machte die Einfuhr ungeheurer Mengen von Rohstoffen erforderlich und ließ die deutsche Industrie alsbald auf höchsten Touren laufen, was wiederum einen aufnahmefähigen deutschen Markt für Agrarprodukte schuf. In normalen Zeiten hätten die zurückgebliebenen Länder Südosteuropas nicht mit den moderneren überseeischen Agrarproduzenten konkurrieren können; nun aber waren für das devisenknappe Deutschland diese Länder geeignete Partner für den Handel auf Verrechnungsbasis. Die Handelsbeziehungen zwischen den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten und Deutschland nahmen rasch einen erheblichen Umfang an, und zwar nicht, weil etwa die Wirtschaftsstrukturen der Handelspartner sich gut ergänzten, sondern weil die Währungen der beteiligten Länder allesamt schwach waren. Während Briten und Franzosen auf die Weltwirtschaftskrise mit Intensivierung ihrer Handelsbeziehungen zu den Ländern ihres Kolonialreiches bzw. des Commonwealth antworteten und die unterentwickelten Länder Osteuropas vernachlässigten, begann Deutschland, diese Region ökonomisch zu unterwandern und gleichzeitig selbst aufzurüsten, beides, um die europäische Nachkriegsordnung umzustürzen. Auf diese Weise erfüllten die Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa seit 1937 tatsächlich die ökonomischen Bedürfnisse Deutschlands, die durch die forcierte Aufrüstung entstanden waren: sie wurden Bestandteil der Vorbereitungen für den Eroberungskrieg. Die Wirtschaftsbeziehungen hatten damit aber nur den Stellenwert einer temporären Lösung; eine dauerhafte Lösung der deutschen Wirtschaftsprobleme (Lebensmittelversorgung, Probleme der Zahlungsbilanz und des Exports, Arbeitskräftemangel, Staatsverschuldung) konnten und sollten sie nicht sein. Das war vielmehr die Funktion des Eroberungskrieges. Das Jahr 1938 brachte sodann die deutsche Hegemonie über Osteuropa und deren Anerkennung durch die Westmächte. Der Krieg brach 1939 daher nicht wegen der deutschen Hegemonieaspiration aus, sondern weil Hitler sich nicht damit zufrieden gab, diese Region friedlich zu beherrschen, und die Westmächte ihn nunmehr als eine fortdauernde Bedrohung ihrer selbst begriffen.

In den 30er Jahren hatten Briten und Franzosen es weniger gut als Deutschland verstanden, ihre Außenhandelspolitik außenpolitischen Zielsetzungen anzupassen. Der Verf. bringt zahlreiche Beispiele dafür, daß innerpolitische Rücksichtnahmen und Rücksicht auf die ökonomischen Bedürfnisse der jeweiligen Imperien außenpolitische Erfordernisse überwogen. So konnten z. B. Anfang 1938 Daladier und Bonnet eine außenpolitisch erwünschte Verstärkung des französisch-jugoslawischen Handels (u. a. verstärkte Getreideimporte) nicht gegen den innerpolitisch motivierten Widerstand des Landwirtschaftsministers Henri Queuille (nicht Queille wie S. 285 u. ö.) durchsetzen. Vor allem aber war es eine bewußte Prioritätensetzung, bei der Paris der Verbindung mit den Briten einen höheren Stellenwert einräumte als den osteuropäischen Verbündeten. Damit jedoch machte es sich in seiner Osteuropa-Politik mindestens teilweise abhängig von den britischen Interessen.

Großbritannien vermied in den dreißiger Jahren in Südost- und Osteuropa politische Verpflichtungen und vernachlässigte wirtschaftliche Möglichkeiten aufgrund der prinzipiellen Entscheidung, die britische Wirtschaft und die des Commonwealth auf Kosten der Handelsbeziehungen mit Drittländern zu stimulieren. Diese zwischen 1931 und 1934 Gestalt gewinnende strategische Generallinie bestimmte für den Rest des Jahrzehntes die britische Außenpolitik.

Wohl gab es im Foreign Office die Tendenz, Hitlers Expansionismus mit einer aktiveren und koordinierten Außen- und Handelspolitik zu begegnen; aber sie setzte sich nicht durch. Die politische Führung in London hielt die ost-südost-europäische Region wirtschaftlich nicht für interessant. Vielmehr war die Appeasement Policy der Briten beherrscht von dem Glauben an die Möglichkeit einer umfassenden politischen Einigung mit Deutschland. Im Rahmen dieser Politik erschien Osteuropa geradezu als geeignetes Verhandlungsobjekt; unter diesem Aspekt hat man in London den deutschen ökonomischen Expansionismus in diesem Raum eher als positiven Ansatzpunkt für die britische Politik eines ›General Settlements‹ betrachtet. Das wurde nach Chamberlains Regierungsantritt ganz besonders deutlich. Die französische Regierung verließ sich, nachdem Barthou die polnische Entscheidung für ein Arrangement mit dem Deutschen Reich nicht zu revidieren vermocht hatte, zunehmend auf die diplomatische und militärische Unterstützung der Briten, denn Frankreich vermochte den finanziellen und handelspolitischen Bedürfnissen seiner osteuropäischen Verbündeten nicht zu entsprechen. Daher schwand alsbald sein politischer Einfluß in dieser Region. Das Deutsche Reich dagegen profitierte sowohl von der ökonomischen Schwäche dieser Länder als auch davon, daß es selbst kein Kolonialreich mehr besaß, dessen Bedürfnisse es von den europäischen Problemen hätten ablenken können.

Die Arbeit von Kaiser besticht und beeindruckt durch die Fülle des verarbeiteten Materials und der sehr ins Detail gehenden Darstellung sowie vor allem in der Zusammenschau von ökonomischen und politischen Elementen in der Auseinandersetzung unter den Großmächten. Allerdings hat dies den Verf. gelegentlich dazu verführt, die gesamte Entwicklung allzu sehr unter dem Aspekt der ökonomischen Beziehungen zum ost-südosteuropäischen Raum zu sehen. Das führte ihn dann zu viel zu weitgehenden Schlußfolgerungen, wenn er schreibt: »The British and French failure to defend the status quo in Eastern Europe led directly to their military defeat in 1940, which in turn led directly to the loss of their Asian possessions in 1941 and helped to precipitate the loss of the rest of their empires after the war.« Das ist gewiß zu monokausal gesehen, wie auch die etwas eindimensionale – weil zu sehr auf die ökonomischen Beziehungen zu Osteuropa abgestellte – Betrachtungsweise dazu führt, daß die Komplexität der britischen Appeasement Policy (wie sie von einschlägigen Untersuchungen der letzten Jahre besonders herausgearbeitet worden ist) verkannt wird. Seine Beurteilung der französischen Politik dagegen entspricht nahezu vollständig der Interpretation, die Jean Baptiste Duroselles in seinem großen Werk ›La Décadence‹ gegeben hat. Ebenso fügt sich die Darstellung der deutschen Außen- und Außenwirtschaftspolitik in den Rahmen ein, den die neuesten Forschungen zu diesem Sachkomplex abgesteckt haben. Insgesamt stellt das Buch eine gelungene, ebenso materialreiche wie klare Synthese dar.

K.-J. MÜLLER, Hamburg

La propagande pendant la seconde guerre mondiale – Méthodes, objet, résultats, débat. Actes du colloque organisé par le Comité International d'Histoire de la Seconde Guerre Mondiale – Bucarest 11-12 août 1980, Bucarest (Academia rep. soc. Romania) 1981, 378 p.

Le colloque d'historiens qui s'est tenu à Bucarest en août 1980 pour étudier la propagande pendant la seconde guerre mondiale est révélateur des limites assignées par l'idéologie à l'investigation scientifique des réalités contemporaines. Dans son message aux congressistes, le Président Ceaucescu a donné le ton en soulignant la finalité pédagogique de l'entreprise et en encourageant les historiens à contribuer par leurs travaux au triomphe de la cause de la paix. Cet appel fut entendu par la plupart des intervenants originaires des pays socialistes qui ont surtout exalté le rôle du parti communiste dans la lutte contre le »fascisme« et vanté la constitution des